

Notizen

In einem KNA-Beitrag aus Anlaß des Gedenkens an den 175. Geburtstag von *Adolf Kolping* hat Bundeskanzler *Helmut Kohl* die persönliche und geschichtliche Leistung des 1865 in Köln verstorbenen „Gesellenvaters“ gewürdigt. Sein Lebenswerk – die von Kolping gegründeten Gesellenvereine, die heute im Internationalen Kolpingswerk zusammengeschlossenen Kolpingsfamilien – sei, so Kohl, vor allem „ein Ort praktizierter Hilfe und gelebter Solidarität“. Wie kaum ein anderer habe Kolping erkannt, daß die Kirche sich der sozialen Frage stellen müsse. Sozialer Wandel sei für ihn aber nur über eine Veränderung der geistigen Einstellung von Menschen denkbar gewesen. Für Kolping sei klar gewesen, daß sich Lebenswirklichkeit nicht allein durch Strukturveränderungen gestalten lasse. – Das Internationale Kolpingswerk umfaßt gegenwärtig in 3300 Ortsgruppen (in 28 Ländern) ca. 350 000 Mitglieder.

In einer Stellungnahme hat sich der *Beirat der Konferenz der deutschsprachigen Pastoraltheologen* zu „bedenklichen Entwicklungen in der katholischen Kirche“ geäußert. Man beobachte mit Betroffenheit und Sorge, daß Laien nicht mehr in der Eucharistiefeier predigen dürften und daß bei der Besetzung theologischer Lehrstühle das Einspruchsrecht der Kirchenleitung zur Einschüchterung der Theologen und zur Uniformierung der Theologie mißbraucht werde. Bei der Besetzung der Bischofsstühle würden die Ortskirchen in ihrer Eigenständigkeit mißachtet und zu Filialen der römischen Zentrale degradiert. Man gehe hinter jene biblischen und kirchlichen Traditionen zurück, die vom Zweiten Vatikanischen Konzil wieder ins Bewußtsein der Kirche gerückt worden seien.

Die *römische Glaubenskongregation* hat zum Dokument „Heil und Kirche“ der *Internationalen Anglikanisch-Katholischen Kommission* Stellung genommen, das Ende 1986 vorgelegt wurde (vgl. den Wortlaut des Dokuments in: HK Mai 1987, 225 ff.). In ihrer Stellungnahme beurteilt die Kongregation das Dokument als „substantiell positiv“, sieht aber noch nicht überwundene Unterschiede besonders in „bestimmten Aspekten der Ekklesiologie und der Lehre von den Sakramenten“. Die Darstellung des Textes sei in manchen Bereichen zu ungenau und undeutlich und erlaube deshalb nicht das Urteil, daß die Kommission eine substantielle Übereinstimmung erreicht habe. Trotz einiger nicht eindeutiger Formulierungen könne das Dokument in einer Weise interpretiert werden, die mit dem katholischen Glauben übereinkomme. Es enthalte eine Reihe zu friedensstellender Aussagen, besonders zu Punkten, die in der Tradition zwischen An-

glikanern und Katholiken kontrovers gewesen seien.

Nach der Proklamation eines palästinensischen Nationalrat in Algier äußerte sich *Johannes Paul II.* zu der Lage in den von Israel besetzten Gebieten. Vor Gläubigen auf dem Petersplatz in Rom meinte der Papst, er bete dafür, daß das israelische und das palästinensische Volk eine Lösung in ihrer Auseinandersetzung fänden, die es beiden erlaubt, jeweils im eigenen Vaterland zu leben. Beide Seiten müßten innerhalb der eigenen Grenzen in Freiheit, Würde und Sicherheit leben können.

Der Pariser Erzbischof, Kardinal *Jean-Marie Lustiger*, hat die Verwendung von Präservativen beim Schutz gegen die Immunschwächekrankheit AIDS nicht grundsätzlich ausgeschlossen. In einer Stellungnahme aus Anlaß des am 1. Dezember begangenen Welt-AIDS-Tages meinte Lustiger, wer an AIDS erkrankt sei und nicht auf Sexualverkehr verzichten könne, solle diese Mittel verwenden, um die tödliche Krankheit nicht weiterzugeben. Was ihn momentan am meisten entsetze, so Lustiger, sei nicht nur die Schwere der Krankheit, sondern die Absonderung der erkrankten Personen. Dies sei unerträglich.

Während eines Besuchs in Großbritannien, wo er auch mit Kirchenvertretern und Menschenrechtsgruppen zusammentraf, wandte sich der Vorsitzende des Rates für religiöse Angelegenheiten beim Ministerrat der UdSSR („Religionsminister“), *Konstantin Chartschew*, gegen die Bezeichnung der Sowjetunion als „atheistischer Staat“. Eine solche Bezeichnung sei ein den Marxismus verfälschendes Klischee. In der Sowjetunion gelte vielmehr das Prinzip der strikten Trennung von Kirche und Staat. Die Position seiner Regierung sei die, daß „sie nichts mit der Kirche zu tun hat“. Daß allein schon die bloße Existenz seines Amtes im Widerspruch zu seiner Aussage stand, blieb unaufgeklärt.

Nach Informationen der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte in Frankfurt (IGfM) wurde in Albanien ein 73jähriger Bischof aus dem Gefängnis entlassen. Es handelt sich um den Apostolischen Administrator der Erzdiözese Durres und des Bistums Lezke, *Mikoll Troshani*. Bischof Troshani war seit 20 Jahren inhaftiert. Es ist das erste Mal, daß die Entlassung eines hohen kirchlichen Würdenträgers aus einem albanischen Gefängnis bekanntgeworden ist. In Albanien ist trotz einer erkennbaren politischen Öffnung durch das gegenwärtige Regime nach wie vor jegliche Religionsausübung unter Strafe verboten.

Die tschechoslowakische Regierung hat Vertreter der christlichen Kirchen in die Kommission zur Ausarbeitung einer neuen Verfassung berufen, darunter zwei Vertreter aus der katholischen Kirche. Es sind der Diözesanadministrator von Olmütz, *František Vymětal*, und der Kapitelsvikar von Košice (Kaschau), Slowakei, *Stefan Onderka*. Beide sind aktive Mitglieder der von Rom verbotenen Priestervereinigung „Pacem in terris“. Bei der Berufung der beiden ist nicht klar geworden, ob damit eine direkte Brückierung der katholischen Kirche in der ČSSR, in der die „Pacem in terris“-Priester ebenfalls durchwegs abgelehnt werden, beabsichtigt war oder ob die Kirchenvertreter in der Kommission insgesamt nur als Feigenblatt dienen, mit dem vor der Öffentlichkeit gezeigt werden soll, daß es eine Diskriminierung von Gläubigen in der ČSSR nicht gebe.

Ein uneinheitliches Bild ergibt sich nach bisher vorliegenden Umfragen bei der Frage nach dem Wahlverhalten der US-Katholiken bei den jüngsten Präsidentschaftswahlen. Während Umfragen von ABC News sowie von NBC News und dem Wall Street Journal eine Stimmenmehrheit unter Katholiken für den unterlegenen Kandidaten der Demokratischen Partei, *Michael Dukakis*, ermittelten (53 zu 46 bzw. 52 zu 48 Prozent), schnitt nach einer Umfrage der New York Times und CBS News der republikanische Wahlsieger, Vizepräsident *George Bush*, bei den Katholiken besser ab (52 zu 47 Prozent). Bei den beiden letzten Präsidentschaftswahlen hatten die traditionell dem demokratischen Lager zuneigenden Katholiken im größeren Umfang republikanisch bzw. den Kandidaten der Republikaner, *Ronald Reagan*, gewählt.

Chiles Militärjunta unter Führung des Diktators *Augusto Pinochet* hat eine mögliche, von den Oppositionsparteien gewünschte Vermittlerrolle der katholischen Kirche in Chile bei Gesprächen zwischen Regierung und Oppositionsparteien abgelehnt. Die Gespräche, in denen man sich um Annäherung in einzelnen Positionen bemühen wolle, seien ausschließlich Sache der Regierung und der verschiedenen Vertretungen demokratischer Gruppierungen, erklärte Innenminister *Carlos Caceres*. Die 16 im nationalen Zusammenschluß für die Demokratisierung des Landes vertretenen Parteien fordern seit dem von Pinochet verlorenen Referendum vom 5. Oktober (vgl. HK, November 1988, 511 ff.) eine Verfassungsreform und die möglichst rasche Wiederherstellung demokratischer Verhältnisse. Der katholische Episkopat und einzelne Kirchenvertreter haben seither wiederholt ihre Vermittlerdienste für das Gespräch zwischen Regierung und Opposition angeboten.